

Jetzt erst recht!

Attac ist und bleibt gemeinnützig!



Foto: Lisbeth Hoff

„Zu politisch“ – die Begründung, mit der das Frankfurter Finanzamt Attac die Gemeinnützigkeit entzogen hat, stößt weithin auf Unverständnis. Man muss nicht mit allen Attac-Zielen einverstanden sein, um die Überzeugung zu teilen, dass eine lebendige Demokratie auch unbequemer und kritischer Stimmen bedarf. Wir haben gegen diese Entscheidung Einspruch eingelegt und warten weiterhin auf einen endgültigen Bescheid. Sollte dieser negativ ausfallen, werden wir vor Gericht dagegen klagen.

Seit der Entzug der Gemeinnützigkeit öffentlich wurde, erfährt Attac eine breite öffentliche Unterstützungswelle. Andere Organisationen und Vereine erklären ihre Solidarität, Prominente äußern sich empört und in Sorge um das demokratische Verständnis der Finanzbehörden, und es gibt einen Zulauf an neuen Mitgliedern. Unsere Einschätzung bestätigt sich, dass für die allermeisten Spenderinnen, Spender und Attac-Mitglieder die steuerliche Abzugsfähigkeit nicht das entscheidende Kriterium ist uns zu unterstützen, sondern dass es ihnen in allererster Linie um die Ziele von Attac geht. Eine außergewöhnlich hohe Spende erreichte uns

sogar explizit mit dem Verweis auf den Entzug der Gemeinnützigkeit – damit wir unsere politische Arbeit ungeachtet eventueller finanzieller Einbrüche im bisherigen Umfang aufrecht erhalten können. Wir bedanken uns ganz herzlich bei allen Spenderinnen und Spendern, die das „Jetzt erst recht!“ wörtlich nehmen und uns gerade jetzt weiter unterstützen!

Attac sieht sich entgegen erster Unkenrufe auch ohne den Status der Gemeinnützigkeit nicht in seiner Existenz bedroht – unsere Arbeit für eine solidarische Gesellschaft und eine bessere Welt ist und bleibt zweifelsfrei gemeinnützig. In Dresden hat der fremdenfeindliche, homophobe und offen nationalistische Verein Pegida gerade die Gemeinnützigkeit beantragt – in diesem Kontext wird besonders deutlich, dass es keine Option ist, „freiwillig“ auf diesen Status zu verzichten, weil das bedeuten würde, das Feld den rückwärts gewandten politischen Kräften und der willkürlichen Auslegung einzelner Finanzämter zu überlassen. Wir werden für die Attac-Gemeinnützigkeit kämpfen, denn das ist eine politische Frage und Verantwortung, die wir wahrnehmen werden!

Inhalt

Interview

Wozu TTIP? – 2 –

Hintergrund

Gemeinnützigkeitsrecht – 3 –

Europa

Steuervermeidung in der EU – 4 –

Privatisierung in Griechenland – 5 –

Kalender

Rückblick und Ausblick – 6/7 –

Aktiv

Schwerpunkt Wachstumskritik – 8 –

Privatisierungskritische Stadttouren – 8 –

Blockupy 2015 – 9 –

Portrait

Hüterin des Geldes – 10 –

Kiosk

Neue Publikationen – 11 –

Ausgangspunkt dafür, unklar definierte Ermessensspielräume der Finanzämter zu schließen, wäre eine deutlich verbesserte und präzisierete gesetzliche Grundlage. Gemeinsam mit vielen anderen Organisationen und Vereinen schmiedet Attac deswegen an einer „Allianz für Gemeinnützigkeit“. Diese will sich dafür einsetzen, in der Abgabenordnung einen sicheren juristischen Rahmen für gesellschaftlich wichtige und anerkannte Tätigkeiten zu etablieren – auch wenn diese sich in einem politischen Kontext bewegen.

Unterstützen Sie uns weiterhin, zum Beispiel indem Sie ein neues Mitglied für Attac werben und/oder diesen online-Appell unterzeichnen: www.attac.de/kampagnen/jetzt-erst-recht/unterschreiben
Herzlichen Dank!

Stephanie Handtmann, Andreas van Baaijen,
Attac-Geschäftsführung



Wozu brauchen wir TTIP?

Der Bundesratsbeauftragte Hans-Jürgen Blinn warnt vor einer neuen Wirtschaftsordnung für Europa

Dr. Hans-Jürgen Blinn ist Bundesratsbeauftragter im Handelspolitischen Ausschuss in Brüssel und engagiert sich mit Vorträgen gegen die geplanten Freihandelsabkommen der EU mit den USA (TTIP) und Kanada (CETA).

Wo stehen die Verhandlungen heute, und wo stehen wir mit der Mobilisierung?

Diese Frage wird mir bei meinen Vorträgen häufig gestellt, und es ist gar nicht so leicht, sie zu beantworten. Verglichen mit dem Kenntnisstand der Öffentlichkeit in 2013, als das Verhandlungsmandat der EU-Kommission bekannt wurde, sind die BürgerInnen bei diesem Thema mittlerweile deutlich sensibilisierter, aber meines Erachtens noch nicht genug.

Für Februar ist die nächste Verhandlungsrunde zu TTIP angesetzt, in der es um konkrete Formulierungen gehen soll. In den bisherigen Runden wurden Themen gesetzt und sozusagen Pflöcke eingeschlagen. Aber immer noch sind die offiziellen Papiere nicht bekannt – selbst die Bundesregierung behauptet, keinen Zugang zu haben. Die Ziele der Verhandlungsführer sind sehr ehrgeizig, 2016 soll der Vertragstext bereits stehen. Deshalb wird 2015 ein sehr wichtiges Jahr für den Widerstand gegen TTIP und auch gegen CETA, dessen Vertragstext jetzt vorliegt.

Wie schätzen Sie das ein: Sind die Vorbehalte der Bevölkerung bei den Verhandlungsführern angekommen?

Na ja, sagen wir mal so: Die neue EU-Kommissarin für Handel, Cecilia Malmström, hat in einer Pressekonferenz das Ergebnis der Konsultation zu den Investitionsschiedsverfahren (ISDS) bekannt gegeben, demzufolge rund 97 Prozent der teilnehmenden Personen, Verbände und Firmen private Schiedsgerichte zur Schlichtung von Streitigkeiten zwischen Staaten und Konzernen ablehnen. Dabei versicherte Malmström, die EU-Kommission habe die Bedenken der BürgerInnen verstanden. Aber worauf es ankommt, sind die konkreten Taten. Bundesjustizminister Heiko Maas sagt ganz richtig: Diese undemokratischen Schiedsgerichte müssen aus dem Verhandlungstext raus, wir brauchen sie nicht. Sie sind ein Angriff auf unsere demokratischen Institutionen.

In meinen Vorträgen mache ich folgende Gleichung auf: TTIP = GATS + MAI. Es wäre ja ok, wenn Industrienationen ihre technischen Standards untereinander angleichen, und zwar „nach oben“, aber uns dabei das damals gescheiterte Investorenschutzabkommen MAI mit unterzujubeln, das geht gar nicht.

Und man muss auch sehen, dass zwischen dem Dienstleistungsabkommen GATS und TTIP ein Paradigmenwechsel stattfindet. Gab es beim GATS noch eine Positivliste, d.h. es wurden nur jene Wirtschaftsbereiche, die die Staaten freiwillig für den Wettbewerb öffnen wollten, benannt, so drehen die neuen Freihandelsverträge das Verhältnis um: Alle Bereiche, für die nicht vor Vertragsabschluss eine Ausnahme beantragt wurde, sollen liberalisiert werden. Bei CETA etwa führt das zu einem über 1000-seitigen Anhang mit einer Auflistung von hunderten von Gesetzen. Das ist auch bürokratisch gesehen ein absoluter Wahnsinn!

Wie rechtfertigen die Verhandlungsführer eigentlich, dass sie sich hinter verschlossenen Türen verschanzen, und warum sind die Politiker so handzahn?

Die EU-Kommission schiebt es auf die Amerikaner, die hätten es so gewollt. Es wird auch behauptet, solche Verhandlungen seien schon immer so geheim gewesen. Das ist eine glatte Lüge. Das war bei der Doha-Runde von GATS nicht so, und auch bei anderen Freihandelsabkommen, etwa mit Südkorea, nicht. Auch die Texte zu CETA waren zu Beginn den Vertreterinnen und Vertretern der Mitgliedsstaaten zugänglich und dann war plötzlich Funkstille. Erst im Sommer 2014 schlug der fertige Vertragstext bei uns auf und es hieß, dieser Text sei jetzt ausverhandelt, es gäbe keine Nachbesserungen mehr. Mit anderen Worten: Vogel friss oder stirb!

Und die Bundesregierung versteckt sich hinter der EU-Kommission, dabei könnte die Kommission gar nicht ohne das Einverständnis der Regierungen so handeln, wie sie handelt. Die Bundeskanzlerin scheint ihr Kabinett vor der Haushaltsdebatte auf Linie gebracht zu haben, und SPD-Vizekanzler Gabriel ist bei CETA komplett eingeknickt. Von den Politikern können wir jedenfalls keine Unterstützung gegen CETA und TTIP erwarten. Und auch in den Medien bis hinunter zu den Regionalzeitungen werden noch

immer die leeren Versprechungen, wie das vom Jobwunder, stumpf nachgebetet. Das ist dramatisch, weil mit CETA und TTIP u.a. die komplette Daseinsvorsorge bis hin zur Kulturförderung in Gefahr gerät. Es geht darum, eine neue Wirtschaftsordnung in Europa zu etablieren und die letzten Reste der sozialen Marktwirtschaft wegzufegen. TTIP ist ein trojanisches Pferd, mit dem die Vormachtstellung der Global Player ein für alle Mal festgeklopft werden soll. Und das wollen die Politiker auf keinen Fall zugeben.

Sie haben in den vergangenen Monaten zahlreiche Vorträge zu diesem Thema gehalten. An welchen Punkten wird das Publikum besonders hellhörig? Wo sollten wir den Hebel ansetzen in 2015?

Nach meiner Erfahrung ist das zum einen die Sorge um eine gesunde Ernährung und alles was mit Gentechnik zu tun hat, zum anderen ganz klar die Investitionsschiedsverfahren. Ich versuche das immer an einem Beispiel aus meiner Heimatstadt anschaulich zu machen: Bei uns in Landau/Pfalz wurde eine Geothermie-Anlage wegen geologischer Probleme vom Netz genommen. Würde diese Anlage von einem kanadischen Investor gebaut und betrieben, dann könnte der mit Berufung auf CETA das Land Rheinland-Pfalz auf Gewinnausfall verklagen. Denn CETA will nicht nur die Investitionskosten schützen, sondern auch die Gewinnerwartungen der Unternehmen, und das auf Jahre hinaus hochgerechnet. Da sind die Leute immer fassungslos, dass so was möglich sein soll.

Und ich denke auch, um in der Öffentlichkeit nicht als bloße Nein-Sager dazustehen, könnte es sinnvoll sein, sich den 2007 gegründeten Transatlantischen Wirtschaftsrat näher anzusehen. Im Rahmen dieses Abkommens wurden zum Beispiel zwischen der EU und den USA gemeinsame Standards für Elektroautos entwickelt und somit nicht-tarifäre Handelshemmnisse abgebaut. Offenbar kann man also heute schon über die Angleichung von technischen Standards verhandeln und auch zu konkreten Ergebnissen kommen – wozu also brauchen wir TTIP?

Interview: **Lena Bröckl**

www.attac.de/ttip

Zum Hintergrund unseres Gemeinnützigkeitsrechts

Politische Willensbildung ist nicht allein den Parteien vorbehalten. Nichtregierungsorganisationen spielen hierfür eine wichtige Rolle: Sie verteidigen das Gemeinwohl gegenüber mächtigen Einzelinteressen in Wirtschaft und Politik. Attac plädiert gemeinsam mit anderen Organisationen dafür, die politische Willensbildung durch zivilgesellschaftliche Organisationen rechtlich sehr viel besser abzusichern und dazu die nicht mehr zeitgemäße Abgabenordnung zu ergänzen und zu konkretisieren. Rupert von Strachwitz betrachtet die historischen Wurzeln des Gemeinnützigkeitsrechts und begründet den grundlegenden Erneuerungsbedarf.

Das heute geltende deutsche Gemeinnützigkeitsrecht wurde nach einigen kleineren Vorläufen im Wesentlichen zu Beginn des 20. Jahrhunderts entwickelt, als die Steuersätze nach oben schnellten. Waren zuvor Spitzensteuersätze von 4 Prozent üblich, erreichte die Belastung in wenigen Jahren ganz andere Dimensionen. Grund dafür waren, kurz gesagt, der sich herausbildende Wohlfahrts- und Gewährleistungsstaat und die steigenden Militärausgaben. Darüber gab es in den Parlamenten des Reichs und der Länder viele Debatten, aber die Entwicklung war nicht aufzuhalten. Eine Konzession, die der Staat machen musste, war, Ausnahmen zu schaffen. Eine davon betraf vor allem die im sozialen Bereich tätigen Organisationen, da mit Recht argumentiert wurde, diese würden um so mehr der Staatskasse zur Last fallen, je mehr man sie besteuere. Das Hauptziel der steuerlichen Gemeinnützigkeit war die Entlastung der Staatskasse. So ist es bis heute geblieben, allerdings mit zwei wichtigen Einschränkungen. Zum einen wurden auch Organisationen von Steuern befreit, an deren Tätigkeit der Staat ein unmittelbares Interesse zu haben glaubte. Dazu gehörten bspw. die Sportvereine mit dem Argument, ihre Arbeit diene der Wehrtüchtigung und vormilitärischen Ausbildung. Zum anderen erkannten Politiker zunehmend die Chance, mit diesem Instrument das Wohlwollen bestimmter Interessengruppen zu erlangen. So wurden Veränderungen – in aller Regel Erweiterungen – des Katalogs gemeinnütziger Zwecke immer mehr zu einem Ausdruck von Klientelpolitik. Dass bspw. nach Schach auch Bridge im Verein als gemeinnützig anerkannt wurde, lässt sich nur so erklären.

Nach 1918 wurde mehrfach versucht, reichseinheitliche Regelungen durchzusetzen. Doch blieben diese immer in sich widersprüchlich. Es entsprach der Vorstellung vom starken, alles gestaltenden Staat, die durchaus nicht erst im Nationalsozialismus aufkam, dass es



aus seiner Sicht für alternative Beiträge zum gemeinen Wohl in einem umfassenden Sinn im Grunde gar keinen Platz gab. Der NS-Staat, der 1941 eine neue Gemeinnützigkeitsverordnung erließ, verstärkte naturgemäß diesen Trend. Und während nach 1945 in Ostdeutschland Gemeinnützigkeit im steuerlichen Sinn so gut wie gar nicht existierte, entwickelte sich in Westdeutschland das überkommene korporatistische System weiter. Von Carl Schmitt, dem berühmt-berüchtigten, leider auch nach 1945 noch sehr einflussreichen deutschen Staatsrechtslehrer, ist die Aussage überliefert, wer Allgemeinwohl sage, wolle betrügen. Zu den Gesichtspunkten fiskalisches Interesse,

politisches Interesse und Klientelpolitik trat in der Tat als vierter das grundsätzliche Misstrauen gegen alles, was nicht staatlich veranlasst und durchgeführt oder zumindest kontrolliert war.

Alle vier genannten Gesichtspunkte waren und sind mit einem modernen Verständnis von einer offenen demokratischen Gesellschaft im Grunde unvereinbar. Schon gar nicht spiegelt sich in diesem auch in sich inkonsistenten Rahmen, wenn man ihn denn so nennen will, die Entwicklung der letzten 30 Jahre wider, die gerade den nicht-staatlichen und nicht-wirtschaftlichen Akteuren im öffentlichen Raum eine immer größere Rolle in der Bewältigung der Herausforderungen unserer Gesellschaft zuweist. Diese ist keineswegs auf Dienstleistungen und Finanzierungen beschränkt. Themenanwälte und Wächter sind ebenso wichtig wie Selbsthilfeorganisationen, Solidarität und Gemeinschaft stiftende Vereinigungen und Orte der politischen Deliberation. Dass besonders letztere denen ein Dorn im Auge sind, die um ihre Gestaltungsmacht fürchten müssen, ist zwar nachvollziehbar, aber demokratietheoretisch dennoch nicht akzeptabel.

Unser Gemeinnützigkeitsrecht, so lässt sich zusammenfassen, bedarf also dringend einer Anpassung an die Wirklichkeit der Zivilgesellschaft des 21. Jahrhunderts. Es muss sich daran orientieren, was heute in breitem Konsens der Bürger und Bürgerinnen als allgemeines Wohl gesehen wird und darf dem Vertrauensverlust der Bürger in den Staat nicht ein Misstrauen gegen die Bürger entgegensetzen. Denn dieser ist, so sagt schon das Grundgesetz, der Souverän.



Dr. Rupert Graf Strachwitz ist Direktor des Maecenata Instituts für Philanthropie und Zivilgesellschaft, Berlin.

Steuervermeidung in der EU

Kein Land in Sicht bei der fairen Besteuerung aller Einkommen und Unternehmensgewinne



Dass große Worte nicht unbedingt große Taten begleiten, ist vollkommen klar. Zu beobachten ist das zur Zeit unter anderem bei den international groß angekündigten Kampagnen gegen aggressive Steuervermeidungstechniken von zahlreichen international tätigen Unternehmen. Die Versprechungen sind groß, die Verhandlungen unbestritten schwierig – und die Ergebnisse in der Regel eher dürftig.

Es geht zwar irgendwie vorwärts mit dem Abbau der fast ausnahmslos legalen Nutzung von Steuerschlupflöchern, der große Wurf ist aber bis auf Weiteres nicht zu erwarten. Beispiel Mutter-Tochter-Richtlinie. Die europäische Richtlinie, vor einem knappen Jahr vom europäischen Parlament und der EU-Kommission an wenigen Stellen verschärft, soll es Unternehmen künftig unmöglich machen, bestimmte Formen von Krediten in der EU zur grenzüberschreitenden Steuervermeidung nutzen zu können. Und ganz offensichtlich erst nach den im Herbst öffentlich gewordenen Luxemburg Leaks haben sich die Regierungschefs der EU-Mitgliedsländer dazu durchringen können, einer Forderung des Parlaments nachzukommen, dass Konstruktionen, die in erster Linie zur Steuervermeidung dienen, künftig illegal sind. Ob diese Vorschrift praxistauglich ist, muss sich noch zeigen, aber sie bietet zumindest die Möglichkeit, über die engen

Vorgaben einzelner Vorschriften hinauszugehen: Wenn Geldflüssen keine wirtschaftliche Aktivität zugrunde liegt und sie im Ergebnis dabei helfen, Gewinne außer Landes zu schaffen, gehen die Konstrukteure zumindest ein höheres Risiko ein, in den Fokus der Steuerfahndung zu geraten.

Und exakt hier liegt der Hase im Pfeffer, wie sich auch ausgesprochen deutlich an der Causa Juncker zeigt. Seit Herbst 2014 ist er Präsident der EU-Kommission und als früherer Ministerpräsident zumindest für einige der Steuerspar-konstruktionen in Luxemburg verantwortlich. Auch viele andere Regierungen in der EU wie die niederländische, die irische oder die deutsche tragen zu dem Neben- und Gegeneinander nationaler Steuervorschriften bei und erschweren eine Harmonisierung der Steuerpolitik auf europäischer Ebene. Das Europäische Parlament hat hier nur eine beratende Stimme, die Mitgliedsländer müssen Änderungen einstimmig annehmen. Eine gemeinsame Steuerbemessungsgrundlage, einheitliche Mindeststeuersätze, der konsequente Abbau von Steuerschlupflöchern – all das scheidet bislang mit schöner Regelmäßigkeit im Rat der EU, immer wieder mit unterschiedlichen Begründungen und immer wieder vorgebracht von unterschiedlichen Regierungen. Die deutsche Regierung zum Beispiel hat sich mit aller Macht gegen eine zentrale Formulierung verwahrt,

die in der europäischen Geldwäscherichtlinie dafür sorgt, dass „wirtschaftlich Berechtigte“ offengelegt werden müssen. Immerhin: Trotz des deutschen Widerstands hat sich der Rat bei den Verhandlungen mit dem Parlament darauf geeinigt, diese Vorschrift umzusetzen. Damit wird eine der zentralen Forderungen zahlreicher NGOs, darunter auch Attac, umgesetzt werden. Es wird damit nachprüfbar, wer bei Geldzahlungen in komplizierten Fonds und Trusts tatsächlich profitiert. Oft genug verbergen sich die Nutznießer hinter Strohleuten oder Stiftungen.

Noch schwieriger ist es auf der internationalen Ebene. Zur Zeit liegt die Federführung für die Bekämpfung von Steuervermeidung bei der OECD. Außen vor bleiben bei diesen Gesprächen all jene Staaten, die nicht in den vergleichsweise exklusiven Club aufgenommen werden, also nahezu alle Schwellen- und Entwicklungsländer, die oft als Absatzmärkte für die westlichen Industrieländer und als Rohstoffreservoir dienen, die aber an den Entscheidungen der westlichen Staaten nur in Ausnahmefällen teilhaben dürfen. Zahlreiche international arbeitende NGOs drängen deshalb darauf, dass internationale Steuervereinbarungen künftig unter dem Dach der UNO verhandelt werden – ein Vorschlag, der bei den meisten europäischen Regierungen auf wenig Gegenliebe stößt. Wenn die EU-Kommission es tatsächlich ernst meint mit der Bekämpfung der Steuervermeidung, sollte sie ihr Gewicht nutzen, um die Regierungen der Mitgliedsländer zum Umdenken zu bewegen.

Was macht Attac?

Zusammen mit vielen anderen NGOs arbeitet Attac im Netzwerk Steuergerechtigkeit mit, das sich im Verbund mit dem Tax Justice Network für eine tatsächlich faire Besteuerung aller Einkommen und Unternehmensgewinne einsetzt. In Attac selbst machen wir mit verschiedenen Kampagnen immer wieder die Steuerpraktiken von Konzernen wie Ikea, Starbucks oder Amazon öffentlich, um klar zu machen, dass auch vor unserer Haustür massive Probleme beim Steuerrecht ausgeräumt werden müssen.

Karsten Peters, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/konzernbesteuerung

Erfolge verbinden

In Griechenland verhindert die Bevölkerung nach dem Berliner Vorbild die Privatisierung von Wasserbetrieben

Attac als „die Mutter des Kampfes gegen den Ausverkauf unserer öffentlichen Güter“? Andere Initiativen mögen mir verzeihen, aber so ist meine Wahrnehmung seit den ersten Aktivitäten in der Anfangsphase von Attac vor 15 Jahren. Seitdem hat sich viel verändert. Immer mehr Menschen im In- und Ausland haben sich zusammengefunden um sich neben zahlreichen anderen Projekten und Kampagnen gegen den Ausverkauf unserer öffentlichen Güter zu engagieren.

Durch ein erfolgreiches Volksbegehren des „Berliner Wassertisch“, der 2006 aus Attac heraus entstanden war, bekamen die Berliner ihre 1999 teilprivatisierten Wasserbetriebe zurück. Mehr als eine halbe Million Wahlberechtigte hatten 2011 per Volksentscheid die Offenlegung der geheimen Wasser-Verträge ermöglicht, der dann 2013 die Rekommunalisierung folgte. Der Berliner Erfolg des Kampfes gegen die Wasser-Privatisierung sprach sich schnell herum in Europa, es kamen Anfragen aus verschiedenen Ländern, auch aus Griechenland. Dort forderte die Troika als Teil des brutalen Schuldendienstes u.a. die Privatisierung der Wasserbetriebe von Athen und Thessaloniki. Dagegen hatten mehrere Initiativen in Thessaloniki für den 18. Mai 2014 ein Referendum gegen den Verkauf ihrer Wasserbetriebe beschlossen und uns um Hilfe aus Berlin gebeten.

Mit einem Ticket von Aquattac flog ich Anfang April nach Thessaloniki. Nach einem Vortrag in der Aristoteles-Universität ergaben sich mehrere Medienauftritte und mein Entschluss stand fest, in den beiden letzten Wochen vor dem Referendum im Mai mit intensiver Öffentlichkeitsarbeit dabei zu helfen, das Interesse der Bevölkerung am Schicksal ihrer Grundversorgung zu stärken. Für viele Menschen waren bis dahin die aktuellen privaten Probleme mit der Krisenbewältigung existentieller als die Belange der Allgemeinheit. Das bekam ich dort auch bei meiner Öffentlichkeitsarbeit gegen TTIP im September zu spüren.

Es gab viel zu tun, die Mai-Tage waren gefüllt mit Workshops, Podiumsdiskussionen, Interviews mit Pressejournalisten und Talksendungen im Radio und Fernsehen. Immer mehr freiwillig Helfende konnten gewonnen werden, europäische Gewerkschafter reisten heran, die Bürgermeister unterstützten die Kampagne gegen die Wasser-Privatisierung.

Per Fax kam plötzlich Druck von der Athener Regierung. Das Referendum sei illegal. Bei unerlaubter Verwendung der offiziellen Wählerlisten und Wahlurnen seien Verhaftungen und Gefängnisstrafen die Folge. Mit Tricks umgingen wir diese Verbotsauflagen, das Referendum nahm seinen geplanten Lauf. Das von uns in der Nacht vor der Abstimmung in die Medien gebrachte Regierungs-Fax hatte die Wählerschaft empört und zusätzlich mobilisiert. Am 18. Mai gingen in Thessaloniki 218.002 Wähler zur Abstimmung. Davon stimmten 213.508 gegen den Verkauf der Wasserbetriebe, das sind 98 Prozent! Die Arbeit hatte sich gelohnt.

Der französische Konzern SUEZ, der sich bereits als Eigentümer gesehen hatte, war konsterniert. Die Regierung in Athen, sich stets auf

Hygieneproblemen bei privatisierten Wasserversorgungssystemen zustande. Unter dem Druck der genannten beiden Gegebenheiten legte die Samaras-Regierung im Juni 2014 schließlich die Privatisierungspläne im Wassersektor auf Eis.

Damit erspart sie der frisch gewählten Syriza-Regierung einige Arbeit, denn in deren 40-Punkte-Programm heißt es: „Wiederverstaatlichung der ehemals öffentlichen Unternehmen in für das Wachstum des Landes strategisch wichtigen Sektoren (Eisenbahnen, Flughäfen, Post, Wasser)“.

Neun Wochen hatte ich Zeit, in Griechenland Menschen mit ihren Sorgen und Freuden kennenzulernen, sie in ihrem engagierten Kampf gegen die soziale Verelendung und Entwürdi-

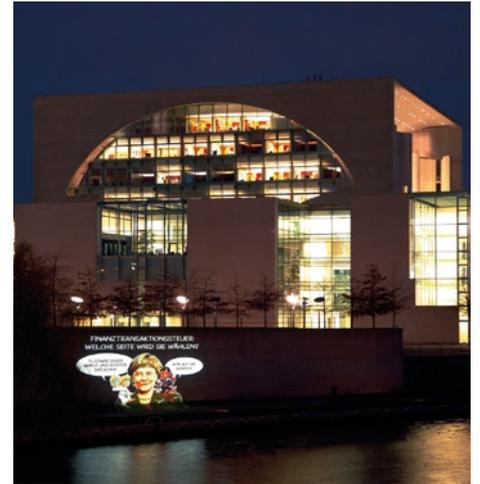


den Druck der Troika berufend, stand nun zwischen zwei Stühlen angesichts dieser eindeutigen, wenn auch rechtlich nicht bindenden Bekundung des Bevölkerungswillens. Im Juni untersagte der Oberste Verwaltungsgerichtshof den Verkauf der Athener Wasserbetriebe. Er berief sich dabei auf die griechische Verfassung, die vom Staat den Schutz der Gesundheit der Bürger einfordert. Wie es heißt, kam dieses Urteil auch unter dem Eindruck der Berliner Darstellung und der internationalen Erfahrungen mit gesundheitsgefährdenden

gunge punktuell zu begleiten, aber auch viel zu sehen und mit anzuhören über Resignation und Leiden an den inneren strukturellen Problemen und den von außen aufgezwungenen Pressionen. Beides bestimmt ihr persönliches tägliches Dasein, und in der versprochenen Veränderung von beidem unter den neuen politischen Bedingungen liegt nun die Hoffnung auf ein Ende der menschlichen Entwürdigung.

Claus Kittsteiner, Attac Berlin

JETZT ERST RECHT



„Engel und Teufel am Kanzleramt“, Fotos: Mike Auerbach

Rückblick

17. Oktober 2014

Medien berichten kritisch über Aberkennung der Gemeinnützigkeit von Attac

Die Frankfurter Rundschau macht den Anfang, zahlreiche weitere Medien folgen und berichten breit über den Entzug der Gemeinnützigkeit von Attac. Das Vorgehen des Frankfurter Finanzamtes und die Begründung, Attac sei zu politisch, sorgt auch unter JournalistInnen für Kopfschütteln. Am Tag zuvor hatte Bundespräsident Joachim Gauck in einer Rede Attac noch ausdrücklich als positives Beispiel für erfolgreiches bürgerschaftliches Engagement gelobt.

31. Oktober 2014

Attac-Gutachten: CETA verstößt gegen das Grundgesetz

Attac München stellt auf einer Pressekonferenz ein Rechtsgutachten zu CETA, dem geplanten Freihandelsabkommen zwischen der EU und Kanada, vor. Das Fazit der Autoren Professor Andreas Fischer-Lescano und Johan Horst: CETA verstößt in mehrfacher Hinsicht sowohl gegen das Grundgesetz als auch gegen EU-Recht und kann in seiner jetzigen Form von der Bundesregierung nicht unterzeichnet werden.

14. November 2014

TTIP-Studie: Rund 600.000 mehr Arbeitslose in Europa

Eine Studie der Tufts University in Massachusetts bestätigt, was Attac schon lange sagt: TTIP schafft keine Arbeitsplätze, im Gegenteil. In Europa würde das Abkommen rund 600.000 Arbeitsplätze kosten und – je nach Land – zu Einkommensverlusten von 165 bis zu 5.000 Euro pro Person und Jahr führen. Auch Steuereinnahmen und Bruttoinlandsprodukte würden erheblich schrumpfen.

20. bis 23. November 2014

Talk, dance, act: Blockupy-Festival in Frankfurt

Vier Tage lang kommen AktivistInnen aus ganz Europa zum internationalen Blockupy-Festival unter dem Motto „Talk, dance, act – runter vom Balkon!“ in Frankfurt zusammen. Sie beraten weitere Schritte gegen die europaweite Verarmungspolitik, feiern und bringen den Protest auf die Straße: Unter dem Motto „Umzug zur neuen EZB – wir packen mit an!“ demonstrieren 3000 Menschen gegen die Krisenpolitik der Troika. Viele tragen beschriftete Umzugskartons mit sich, um der EZB symbolisch ihren Politikmüll zurückbringen. Beim neuen EZB-Gebäude angekommen, überwinden Hunderte die Absperrung und laden die Kartons direkt vor dem Eingang ab.

2. Dezember 2014

Entzug der Gemeinnützigkeit: NGOs und Prominente protestieren

Nach dem Entzug der Gemeinnützigkeit erreicht Attac eine Welle der Solidarität aus der Zivilgesellschaft. Zahlreiche Nichtregierungsorganisationen wie etwa Greenpeace oder der BUND und prominente Einzelpersonen protestieren öffentlich gegen die Entscheidung des Frankfurter Finanzamtes. Das Spektrum reicht vom Tote-Hosen-Gitarrierten über bekannte Schriftsteller, den Fernsehkoch bis hin zum Soziologie-Professor und NRW-Staatssekretär.

4. Dezember 2014

Eine Million Unterschriften gegen TTIP und CETA in Rekordzeit

In knapp zwei Monaten hat europaweit mehr als eine Million Menschen die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative „Stop TTIP“ unterzeichnet. Sie fordert einen Stopp der Verhandlungen über TTIP mit den USA und wehrt sich gegen die Ratifizierung von CETA mit Kanada. Ein überwältigender Erfolg

für die Zivilgesellschaft – und eine schallende Ohrfeige für die EU-Kommission.

8. Dezember 2014

Engel und Teufel streiten am Kanzleramt über Finanztransaktionssteuer

Engel und Teufel auf den Schultern der Staats- und Regierungschefs: Während auf der einen Seite die Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer Fortschritte bei Armutsbekämpfung und Klimaschutz versprechen, lockt auf der anderen das Wohlwollen der Finanzindustrie. Mit der Projektion dieses Bildes auf öffentliche Gebäude in Berlin, Paris und Madrid fordert das europäische Aktionsbündnis mehr Engagement für eine Finanztransaktionssteuer von den Regierungen.

8. Dezember 2014

OECD-Bericht bestätigt Attac-Forderung nach gerechter Steuerpolitik

Die OECD stellt in einer Studie zu Ungleichheit eine wachsende Kluft zwischen Arm und Reich in Deutschland fest. Das bestätigt Attac in seiner Forderung nach einer europaweiten Vermögensabgabe und der Wiedereinführung einer Vermögenssteuer in Deutschland. Es ist höchste Zeit, die Umverteilung von Arm zu Reich wieder umzukehren – aus Gründen sozialer Gerechtigkeit und ökonomischer Vernunft gleichermaßen.

9. Dezember 2014

Geburtstagsgeschenk für Juncker: Eine Million Unterschriften gegen TTIP

Das Bündnis „Stop TTIP“ überreicht EU-Kommissionspräsident Jean-Claude Juncker an dessen Geburtstag ein besonderes Geschenk: eine Million Unterschriften gegen TTIP und CETA, die die selbstorganisierte Europäische Bürgerinitiative (sEBI) in einer Rekordzeit von nicht einmal zwei Monaten gesammelt hat.



„Geburtstagsgeschenk für Juncker“, Foto: FKPH



„Wir haben es satt“

17. Januar 2015

Wir haben es satt: 50 000 gegen Tierfabriken, Gentechnik und TTIP

50.000 Menschen gehen bei der fünften „Wir haben es satt“-Demo in Berlin für eine grundlegend andere Agrarpolitik auf die Straße und fordern den Stopp von Tierfabriken, Gentechnik und TTIP. Attac ist mit einem eigenen TTIP-Block dabei. Mit Großpuppen und Verkleidungen setzen die „Attacies“ das Motto „Ich bin ein Handelshemmnis“ auch bildlich um.

18. Januar 2015

Blockupy-Aktive einigen sich auf Protest-Choreographie für den 18. März

Mehr als 200 Blockupy-Aktive aus über zehn Ländern einigen sich bei einem Treffen in Frankfurt auf die zentrale Choreographie am 18. März. Das Blockupy-Bündnis will den Tag der EZB-Eröffnungsfeier in einen Tag des Protests gegen die Troika-Krisenpolitik verwandeln.

25. Januar 2015

Wahlergebnis in Griechenland bedeutet Chance für ganz Europa

Attac sieht in dem Wahlergebnis in Griechenland eine Chance auf einen echten Neuanfang für ganz Europa. Sollte Griechenland die Abkehr von der Verarmungspolitik der Troika gelingen, wäre dies ein klares Signal für die Menschen in anderen Ländern: Es gibt eine Alternative zu Sparzwang und Dauerrezession.

28. Januar 2015

Grünes Licht für Blockupy-Kundgebung und Demo am 18. März in Frankfurt/Main

In einem ersten Kooperationsgespräch gibt die Stadt Frankfurt dem Blockupy-Bündnis grundsätzlich grünes Licht für die geplante Kundgebung und Demonstration am 18. März – kündigt allerdings scharfe Auflagen an. Unstrittig sind dagegen der Ort der Kundgebung ab 14 Uhr auf dem

Römerberg und die Route der um 17 Uhr anschließenden Demo durch die Innenstadt.

2. und 3. Februar 2015

TTIP-Gegner aus USA und EU stimmen Strategien ab

Parallel zur achten TTIP-Verhandlungsrunde treffen sich in Brüssel VertreterInnen der europäischen und nordamerikanischen Zivilgesellschaft, um ihren Widerstand gegen die geplanten Freihandelsabkommen weiter zu koordinieren und gemeinsame Aktionen zu planen. Zahlreiche Aktive des europäischen Attac-Netzwerkes sind dabei.

Ausblick

16. Februar 2015

TTIP-Kritik bei Kölner Rosenmontagsumzug

Auch in diesem Jahr mischen die globalisierungskritischen „Pappnasen Rot-Schwarz“ den Kölner Karneval beim Rosenmontagsumzug mit auf. Mit dabei sind auch viele Attacies. Unter dem Motto „Su schäl jeck, nääh, TTIP weg!“ („So schlecht, nein, dieses TTIP muss weg!“) steht das geplante Freihandelsabkommen TTIP im Mittelpunkt der jecken Kritik. Los geht es um 9 Uhr am Kartäuserwall, Ecke Severinstor.

www.pappnasen-rotschwarz.de

21. Februar 2015

Attac-Regionaltag Nord-Ost in Potsdam

Attac-Aktive und Interessierte, die selbst aktiv werden möchten, aus Brandenburg, Mecklenburg-Vorpommern und Sachsen-Anhalt treffen sich in Potsdam zum Regionaltag Nord-Ost. Der Tag bietet viele Gelegenheiten zum Austausch, Kennenlernen und Vernetzen. Neben Infos über das Attac-Netzwerk und handwerklichen Tipps kommen Inhalte nicht zu kurz. Im Einstiegsreferat geht es um die Rolle der Europäischen Zentralbank (EZB) in der Krisenpolitik.

www.t1p.de/Regionaltag

18. März 2015

Blockupy: Blockaden, Kundgebung und Demo gegen EZB-Eröffnungsfeier

Die Eröffnung des neuen EZB-Standortes feiern? Es gibt nichts zu feiern an Sparpolitik und Verarmung! Deshalb wird das Blockupy-Bündnis die Party übernehmen und den 18. März zu einem Tag des Widerstands gegen die tödliche Krisenpolitik der Troika machen. „Achtzehn, null, drei – Ich nehm' mir frei!“ lautet das Motto. Mit Blockaden wollen Aktive am Vormittag die EZB-Eröffnungsfeier stören und behindern. Um 14 Uhr geht es zur zentralen Kundgebung mit Kulturprogramm auf dem Römerberg, um 17 Uhr startet eine große Demonstration durchs Stadtzentrum.

www.attac.de/blockupy

24. bis 28. März 2015

Weltsozialforum in Tunis

Um Alternativen für eine bessere Welt geht es beim nächsten Weltsozialforum vom 24. bis zum 28. März in Tunis. In zahlreichen Konferenzen, Seminaren und Kulturveranstaltungen werden Menschen aus allen Teilen der Welt miteinander diskutieren und feiern. Attacies, die mitfahren möchten, melden sich bitte bei Hugo Braun unter braun@attac.de.

www.fsm2015.org/en

13. bis 17. Mai 2015

Aktionsakademie: Kreativer Protest will gelernt sein

Die fünftägige Attac-Aktionsakademie – dieses Jahr in Felsberg bei Kassel – ist eine Plattform zum Erlernen und Ausprobieren neuer Aktionsformen, ein Raum für neue Ideen, Kontakte und anregende Gespräche. Dazu kommen informative Vorträge, Party und Musik. Ganz nach dem Motto: Kreativer Protest will gelernt sein – mit Spaß!

www.attac.de/aktionsakademie/aktionsakademie-2015

Mehr Informationen zu den Terminen:

www.attac.de/veranstaltungen

Attac-Schwerpunkt 2015

Wachstumskritik: Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden!



Fortschreitende Naturzerstörung und Klimawandel, erschreckende Armut, stetige Zunahme von Ungleichheit: All das sind direkte Folgen unserer Wirtschaftsweise, die wir rund um den Globus beobachten können. Obwohl diese Phänomene eine gemeinsame Ursache haben, werden zu ihrer Lösung separate Strategien verfolgt, die in der Debatte um richtiges oder falsches Wachstum zudem häufig immer noch als sich gegenseitig widersprechend wahrgenommen werden. Wer angesichts der ökologischen Verheerungen durch industrielle Produktion und Raubbau für weniger Wachstum eintritt, sieht sich mit dem Vorwurf konfrontiert, die Armut in der Welt und die soziale Frage zu ignorieren. Die Gegenposition, die „mehr Wachstum“ im Sinne

von mehr Produkten als probates Mittel zur Armutsbekämpfung ins Feld führt, wird gerne der Ignoranz gegenüber den ökologischen Folgen dieser Produktionssteigerung bezichtigt. Mit dem Schwerpunkt „Wachstumskritik: Globale Armut und Naturzerstörung solidarisch überwinden“ will Attac diese scheinbaren Widersprüche thematisieren und die ökologische und die soziale Frage gleichberechtigt und gemeinsam bearbeiten.

Der nächste Meilenstein in diesem Prozess wird der Ratschlag am 11. und 12. April in Bremen sein. In Workshops sollen die verschiedenen Aspekte des Themas bearbeitet werden. Hier wird nicht nur die theoretische Beschäftigung mit einer emanzipatorischen und solidarischen Wachstumskritik eine Rolle spielen. Auch die

Attac vor Ort

Wenn Sie Interesse haben, selbst aktiv zu werden, klinken Sie sich doch bei einer der etwa 200 lokalen Attac-Gruppen oder bei einer der bundesweiten Arbeits- und Projektgruppen ein.

Die jeweiligen Kontaktadressen finden Sie im Internet unter „Mitmachen“.

Sie können sie auch in unserer Zentrale telefonisch erfragen unter: 069-900 281-10

Fragen nach konkreten tagespolitischen Forderungen und dazu passenden öffentlichen Aktionen stehen auf der Tagesordnung. Beim Gipfel der Alternativen am 3. und 4. Juni im Vorfeld des G7-Gipfels in München und bei der Sommerakademie im August wird Wachstumskritik wie Attac sie versteht, eine prominente Rolle spielen. Den vorläufigen Abschluss der theoretischen Beschäftigung wird dann im Herbst 2015 eine Tagung bilden. Neben diesen Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen wird die Arbeit am Schwerpunkt auch aktionistische Elemente haben. Für den August stehen Aktionen gegen die Verstromung von Braunkohle auf der Agenda. Zum Ende des Jahres planen wir mit Gruppen aus der Umweltbewegung Proteste anlässlich des Klimagipfels in Paris.

Thomas Eberhardt-Köster, Attac-Koordinierungskreis

Wem gehört Berlin?

Oder auch München, Bremen, Leipzig?

Im letzten Sommer starteten wir – die Attac Berlin AG Argumente und der Verein Gemeingut in BürgerInnenhand – eine privatisierungskritische Stadttour unter dem Titel „Wem gehört Berlin?“ Die Stadttour ermöglicht es uns anhand einer interaktiven Methode einen kritischen Blick auf das Thema Ausverkauf der öffentlichen Daseinsvorsorge zu werfen. Auf acht Stationen im Herzen der Stadt beleuchten wir verschiedene Formen, Instrumente, Auswirkungen und Akteure der Privatisierung und gehen einer Reihe brisanter Fragen auf den Grund, zum Beispiel: Welche Rolle spielte die Treuhandanstalt in den Golddrauschjahren nach der Wiedervereinigung? Wohin flossen die Milliarden aus

den Berliner Wasserbetrieben? Was verbirgt sich hinter dem wohlklingenden Schlagwort „öffentlich-private Partnerschaften“? Was wird in der Geheimschutzstelle inmitten der Stadt versteckt gehalten?

Mit der Stadttour haben wir ein Angebot für diejenigen geschaffen, die wir mit unseren kritischen Texten oder mit Informationsveranstaltungen nicht erreichen. Auch haben wir die Themen so ausgewählt, dass sie teils Berlin-spezifisch sind, teils aber auch bundesweite Politik betreffen, wie die Station zur Treuhandanstalt oder zur formellen Privatisierung der Bahn. So haben auch BesucherInnen von außerhalb einen direkten Bezug zur Tour.

Mehr Informationen zur Tour findet Ihr unter: www.gemeingut.org/stadttour

Die nächste Toursaison läuft Ende April an. Wir freuen uns auf Euer Kommen!

Noch erfreulicher wäre es aber, wenn weitere Attac-Gruppen die Idee übernehmen und in ihren Städten privatisierungskritische Stadttouren anbieten würden. Für Austausch, Beratung und Tipps stehen wir unter info@gemeingut.org gerne zur Verfügung.

Auch die AG Energie von Attac Berlin bietet unter dem Motto „Berlin unter Strom“ eine energiespezifische Stadttour an. Mehr Informationen dazu unter: www.attacberlin.de/ags/energie



Blockupy 2015

18nulldrei – ich nehm' mir frei!



Am Mittwoch, den 18. März 2015 will die Europäische Zentralbank ihren Umzug in ihren Neubau im Frankfurter Ostend mit einem großen Festakt feierlich begehen. Schon beim Blockupy-Festival im November 2014 wurde der Palast von AktivistInnen mit Farbe und Bannern als das gekennzeichnet, was er ist: Machtarchitektur pur. Und auch bei dem öffentlichen Schaulaufen der Größen aus Politik und Finanzwelt am 18. März wird in Frankfurt deutlich werden: Es gibt am Machtanspruch dieser undemokratischen Institution nichts zu feiern!

Die Austeritätspolitik der Troika aus EZB, Europäischer Kommission und Internationalem Währungsfonds ist nach wie vor tödlich. Sie zwingt vor allem den Krisenländern, mehr und mehr aber auch allen Gesellschaften in der EU, eine unsoziale Politik auf. Die vergrößert im Ergebnis Ausgrenzung, Krankheit und Verzweiflung, zerstört den sozialen Zusammenhang und verkürzt Lebensperspektiven und Lebenswartungen. Dagegen wehren sich Menschen europaweit, und Blockupy ist ein Teil dieser Bewegung.

Europaweit vernetzen sich AktivistInnen. Mitte Januar kamen in Frankfurt Gruppen und Netzwerke u.a. aus Dänemark, Frankreich, Griechenland, Italien, Portugal, Schweden und Spanien zusammen und beschlossen gemeinsam mit dem deutschen Aktiventreffen die Abläufe für den 18. März. Starke Proteste mitten in der Woche, das heißt: Viele Aktive werden sich dafür einen Tag frei nehmen: „18nulldrei – ich nehm' mir frei.“ Der Protest wird trotzdem voraussichtlich größer und internationaler. Obwohl an nur einem Tag, wird es beides geben, die Blockade der Eröffnungsfeier im Frankfurter Ostend am Vormittag und eine attraktive, für alle geeignete Kundgebung inklusive Demonstration in

der Frankfurter Innenstadt am Nachmittag. Beides ist getragen von einem breiten Bündnis mit zuverlässigem Aktionskonsens. „Wir sagen, was wir tun, und tun, was wir sagen.“

Viele Aktive und Gruppen – auch bei Attac – bereiten sich jetzt gut und gründlich auf den 18. März vor. Von den Attacies werden in den nächsten Tagen und Wochen regelmäßige Infos kommen. Bei den Blockupy-Aktiventreffen und in etlichen AGs arbeiten jetzt viele an einer genauen und transparenten Planung. Arbeitsgruppen kümmern sich um die Gestaltung der Aktionselemente, aber auch um Anreise- und Übernachtungsmöglichkeiten, um die Infrastruktur am Tag selbst, um Medien- und Pressearbeit im Vorfeld und am 18. März, um die Finanzierung und nicht zuletzt die Bekanntmachung der Planungen und die umfassende Information der Anreisenden. Das alles findet sich auf www.blockupy.org. Ein Newsletter kann auf www.blockupy.org/kontakt/newsletter bestellt werden und Informationen über örtliche Mobilisierungsveranstaltungen gibt es auf www.blockupy.org/events.

Gewünscht wird, dass die Teilnehmenden nach Möglichkeit schon am 17. vor dem Abend anreisen und am vorbereitenden Plenum teilnehmen. Wenn es geht, schließt Euch mit Leuten aus Eurer Stadt oder sonstigem Umfeld zu Bezugsgruppen zusammen. Öffentliche Aktionstrainings sind nicht nur wichtig für die eigene Vorbereitung, sondern auch ein gutes Mobilisierungsmittel in der Stadt.

Es passiert gerade sehr viel, die Blockade der EZB-Eröffnung ist als das transnationale Protest- und Widerstandsereignis gegen das europäische Krisenregime grenzübergreifend

Am 7. Januar 2015 wurde in Paris ein terroristischer Anschlag mit islamistischem Hintergrund auf die Redaktion der Satirezeitschrift „Charlie Hebdo“ verübt. Dabei und bei der anschließenden Flucht und einer in Zusammenhang stehenden Geiselnahme in einem jüdischen Lebensmittelgeschäft wurden insgesamt sechzehn Menschen ermordet, weitere schwer verletzt.

Eines der Opfer war der Charlie-Hebdo-Autor Bernard Maris. Für Attac war Bernard Maris mehr als ein Freund. „Wir haben ein Familienmitglied verloren“, heißt es im Nachruf von Attac Frankreich. Er war Gründungsmitglied und stellvertretender Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats. Auf dem ersten Weltsozialforum 2001 in Porto Alegre war er dabei, um mit uns allen für eine friedliche, andere Welt zu streiten. Jetzt wurde er Opfer grausamer politischer Gewalt.

gesetzt, unterschiedliche Spektren und Bewegungen werden am 18. März aus ganz Europa nach Frankfurt kommen. Eine mindestens vierstellige Zahl von Teilnehmenden außerhalb Deutschlands ist fest in Aussicht gestellt. In den vergangenen Wochen und Monaten intensiver europäischer Beratung und Zusammenarbeit hat sich gezeigt, dass Blockupy inzwischen selbst zu einem Experimentierfeld der Entwicklung von grenzübergreifender Gegenmacht geworden ist.

Aber auch in der BRD selbst wollen sich Organisationen und Gruppen dieses Mal aktiv beteiligen, die bisher nicht Teil von Blockupy waren, wie regionale Gewerkschaftsgliederungen. Zusätzliche Aufmerksamkeit bekommt der Protest gegen die EZB zudem durch die Wahlen in Griechenland, wo die Troikapolitik zum ersten Mal abgewählt worden ist. Proteste wie Blockupy werden eine wichtige Rolle dabei spielen, ob sich die alten Machtinteressen darüber hinwegsetzen können oder nicht. Deshalb werden die Proteste am 18. März nicht das Ende von Blockupy sein, sondern ein Zwischenschritt. Schon beim Blockupy-Festival im November wurde sehr intensiv beraten, welche Ziele sich Blockupy setzt, welche Räume für Debatten und gemeinsame Praxis der Krisenproteste das Bündnis eröffnet. Diese Überlegungen werden nach der EZB-Blockade weitergehen und sich auch Ziele über die Europäische Zentralbank hinaus suchen müssen.

Starke Blockupy-Proteste am 18. März – Blockaden, Kundgebung und Demo – sind das, was wir gemeinsam daraus machen, vorbereiten, verabreden, trainieren: „18nulldrei – ich bin dabei!“

Werner Rätz, Attac-Koordinierungskreis

www.attac.de/blockupy

Menschen in Attac

„Die Geldkiste bewacht wie Dagobert Duck“

12 Jahre Finanzen, Buchhaltung und mehr bei Attac

Anneli Syyslahti-Ghaeni ist vielen in Attac als „die Anneli aus der Buchhaltung“ nicht nur ein Begriff, sondern eine Vertraute. Seit der Eröffnung des Attac-Büros im Januar 2003 waren die Attac-Finanzen bei ihr in sicheren Händen; jetzt ist sie in den so genannten Ruhestand gegangen. Ruhig wird es bei ihr allerdings wohl nicht werden – und auch nicht attacfrei.

Liebe Anneli, Du bist seit 2003 bei Attac – was war damals Dein erster Eindruck?

Wenn etwas zu Ende geht, schaut man ja gern mal über die ganze Zeit zurück. Aus den Anfangstagen ist mir dabei sehr in Erinnerung geblieben, wie problematisch und verzwickelt diese Lage war – wir Hauptamtlichen waren alle neu, in einem neuen Büro, noch ohne Strukturen. Der Anfang fühlte sich so holperig und wackelig an wie unsere Schreibtische es waren, die wir von irgendwoher privat gestiftet bekommen haben. Attac war ja von seinem schnellen Wachstum zu Beginn fast überrollt worden. Für die, die damals ehrenamtlich den größten Teil der Büroarbeit geleistet haben, war das Projekt schlechterdings nicht mehr zu stemmen. Dementsprechend ging es zu Beginn wirklich darum, Grundlagen zu schaffen, Abläufe wie Jahresabschlüsse, Finanzplanung und Controlling zur Routine zu machen.

Das war das vorherrschende Gefühl in der Anfangszeit: Dass wir gar nicht so schnell reagieren konnten, wie Neues auf uns zu kam. Trotzdem war es total spannend und so ganz anders als das, was ich bis dahin gemacht hatte. Ich traf viele neue Leute, ich beschäftigte mich mit neuen, interessanten Inhalten, das war toll.

Was hast Du früher gemacht, was hat Dich mit Attac verbunden?

Vor Attac war ich in einem Frauenzentrum in Frankfurt-Bockenheim bei einem Projekt für interkulturelle Kommunikation und habe mich dort unter anderem auch um die Finanzen gekümmert. Interkulturalität ist bei mir zu Hause ja Alltag (lacht); als Finnin, die mit einem Iraner verheiratet ist, ist das natürlich ein Thema. Auch Frankfurt als Wohnort passt dazu – Frankfurt ist eine im positiven Sinne multikulturelle Stadt. Den ersten Kontakt zu Attac hatte ich dann auch in Bockenheim. Auf einer Demo vor der Uni fielen mir diese Fahnen mit dem merkwürdigen Symbol darauf auf, und ich fragte mich, was sie wohl bedeuten. Das habe ich dann recherchiert, viel über die Anfänge in Frankreich gelesen, und ich fand das sehr spannend. Ich habe ja Volkswirtschaft studiert, und deshalb interessiere ich mich natürlich für



Foto: Stephanie Handtmann

Finanzthemen. Gerade die Gründungsforderung von Attac, die Finanztransaktionssteuer, fand ich interessant – und finde ich immer noch.

Was war für Dich das Besondere daran, gerade bei Attac für die Buchhaltung verantwortlich zu sein?

Ich habe bei Attac eben nicht nur Zahlenkolonnen bewegt, sondern hab mich auch an Aktionen oder großen Veranstaltungen beteiligt; das hat die Arbeit so lebendig gemacht. Von den Aktionen, die hier in Frankfurt auch vom Büro unterstützt wurden, sind mir vor allem diejenigen in Erinnerung, die wir an der Börse gemacht haben. Das liegt bestimmt auch daran, dass mir das Desaster Finanzkrise thematisch am Herzen liegt. Oder Erlebnisse wie die G8-Proteste in Heiligendamm, das sind solche Höhepunkte, die bleiben mir immer erhalten – so etwas vergisst man nie wieder, das war einmalig. Obwohl ich eigentlich nicht ängstlich bin in Finanzfragen, war ich mir bei diesem Projekt nicht sicher, worauf wir uns da wirklich einlassen. Da mischte sich bei mir am Ende die Begeisterung über diese tollen Proteste mit der Erleichterung über den finanziell verhältnismäßig glimpflichen Ausgang. Das war so ein Gefühl von „wenn wir das geschafft haben, schaffen wir alles“ – toll.

Bei verschiedenen Gelegenheiten brachten auch manche Geldtransporte über verschlungene Wege

selbst für meinen Geschmack etwas zu viel Aufregung mit sich. Da ist mir besonders die erste ESU in Saarbrücken lebhaft in Erinnerung: Wir hatten vergessen, einen Tresor zu organisieren. Also trug ich nachts die Teilnahmebeiträge mit mir im Rucksack durch die Stadt auf der Suche nach meinem Quartier für die Nacht. Eine angetrunkene Saarbrücker Amtsträgerin war mir dann zum Glück behilflich und fand die Adresse. Bis zum Ende der ESU bewachte ich dann die Geldkiste wie Dagobert Duck seinen Geldspeicher (lacht).

Was nimmst Du aus Deiner Zeit bei Attac mit?

Die Art, wie wir im Büro miteinander umgegangen sind, ist etwas ganz Besonderes. Die ganzen Jahre über bin ich immer gern gekommen; das ist großartig, das weiß ich zu schätzen. Und nicht nur im Büro – so viele Menschen, die ich mit der Zeit hier kennen gelernt habe, haben mein Leben bereichert. Ich bin froh, dass ich so viel Kontakt zu Leute aus Ortsgruppen hatte. Telefongespräche zwischen Buchhaltung und Gruppen drehen sich ja nicht nur um Finanzen, und mit einigen Attacies telefoniere ich nun schon seit ich hier bei Attac bin. So entstehen Bindungen über Jahre.

Ein Blick in die Zukunft – wo ist Attac, wo bist Du?

Für Attac schaue ich optimistisch in die Zukunft; ich bin sicher, dass wir die Gemeinnützigkeit wieder zurück erhalten werden, denn wir haben sie verdient. Diesen Geist von Heiligendamm habe ich mir bewahrt: Wir werden immer Wege finden, und wir werden auch diese Probleme mit der Gemeinnützigkeit hinter uns lassen. Vielleicht kriegen wir hier und da eine Beule oder einen Kratzer (lacht). Schön wäre, wenn wir noch mehr Anknüpfungspunkte für junge Leute finden könnten.

Und ich? Ich war immer beeindruckt davon, wie viele Menschen bereit sind, ehrenamtlich ihre Freizeit zu opfern. Deshalb werde ich in Zukunft bei Attac gerne dort, wo Hilfe benötigt wird, zur Stelle sein. Ihr trifft mich deshalb bestimmt bei der ein oder anderen Veranstaltung, auf der Sommerakademie oder anderswo.

Interview: Jule Axmann

Korrektur

Im Rundbrief 04/2014 haben wir Markus Weber portraitiert. Dabei ist uns ein Fehler unterlaufen. Markus Weber ist nicht wissenschaftlicher Mitarbeiter der Stiftung Soziale Gesellschaft, sondern Politikwissenschaftler. Wir bitten um Entschuldigung.

Aus dem Attac-Shop

Attac-Projektgruppe

Eurokrise:

Solidarität, nicht Austerität!

EU-Krisenpolitik, EZB und europaweiter Widerstand



Diese Broschüre soll Interessierten und Aktiven eine aktuelle und sehr kurzgefasste Diskussionsgrundlage zur Entwicklung der gegenwärtigen schweren Krise, zu Alternativen und Protesten und als Anregung zu eigenem Engagement

zur Verfügung stellen. Der Text ist Teil eines Diskussionsprozesses der Projektgruppe Eurokrise in Attac. Kontroverse Positionen wurden nebeneinander gestellt.

Die ersten drei Kapitel dieser Broschüre sind Krisenanalyse: Wie kam es zur Krise und welche Logik steht hinter der Austeritätspolitik der Troika inklusive EZB? Welche Folgen hat diese Krisenpolitik im Alltag? Warum führt sie zu weiterem Demokratieabbau?

In der zweiten Hälfte geht es um die Frage, was wir tun können: Welche Forderungen vertritt Attac? Wie wächst vielfältiger Widerstand europaweit zusammen, welche Herausforderungen und Fragen gibt es dabei? Und wo in Attac kann ich mitmachen, wenn ich aktiv werden will?

Broschüre, 16 S., 2 EUR

AttacBasisText 47

Julian Bruns, Kathrin Glösel,

Natascha Strobl:

Rechte Kulturrevolution

Wer sind die Rechtsintellektuellen von heute?



Genau zum richtigen Zeitpunkt erscheint dieser neue Basistext. Was ist neu an der „Neuen Rechten“? Wie hängt die Popularität autoritärer Ansätze mit der Eurokrise zusammen? Welche Lösungsansätze und Gegenstrategien gibt es?

Die Neue Rechte unterscheidet sich vom Nazi-Klischee. Statt Springerstiefel und Bomberjacke tragen ihre VertreterInnen Anzüge, geben sich bieder und sitzen in Rechtsanwaltskanzleien, Universitäten und Medienhäusern. In den letzten Jahren haben sie sich auch vermehrt auf die Straße getraut. Ein Schwerpunkt des AttacBasisTextes liegt daher auf den so genannten Friedensmahnwachen und den Phänomenen HoGeSa und Pegida.

Broschiert, 96 S., 7 EUR

Bestellungen wie immer online unter www.attac.de/shop, telefonisch unter 069/900 281-10 oder per Fax an 069-900 281-99.

Ihre von Attac erhobenen persönlichen Daten werden ausschließlich für Vereinszwecke elektronisch erfasst, verarbeitet und gespeichert und nicht an Unberechtigte weitergegeben. Die Daten von Mitgliedern werden – bei Einwilligung – der jeweiligen Attac-Regionalgruppe für ihre politische Arbeit zugänglich gemacht. Wenn Sie nicht möchten, dass Ihre Daten an die Regionalgruppen von Attac weitergegeben werden, wenden Sie sich bitte an uns unter: Tel.: 069-900 281-10

E-Mail: info@attac.de

Dort beantworten wir Ihnen auch gerne alle Fragen zum Thema Datenschutz.

Außerdem steht Ihnen als externer Ansprechpartner der von Attac bestellte Datenschutzbeauftragte zur Verfügung: datenschutzbeauftragter@attac.de

Impressum

Attac Trägerverein e. V.

Münchener Str. 48

60329 Frankfurt am Main

Tel.: 069-900 281-10

Fax: 069-900 281-99

E-Mail: info@attac.de

Produktion: Attac Trägerverein e. V.

Redaktion: Jule Axmann, Lena Bröckl,

Frauke Distelrath, Stephanie Handtmann,

Karsten Peters, Werner Rätz,

Gabriele Rohmann

V.i.S.d.P.: Gabriele Rohmann

Umgezogen? Adresse falsch?

Bitte kontrollieren Sie Ihre nebenstehende Anschrift und teilen Sie uns mögliche Fehler mit.
Tel. 069-900 281-10
oder per E-Mail an:
info@attac.de
Wenn Sie umziehen, lassen Sie uns bitte Ihre neue Adresse wissen. Die Post sendet auch bei einem Nachsendeantrag diesen Rundbrief nicht nach!

GOGREEN

Der CO₂-neutrale Versand
mit der Deutschen Post

Wir bleiben Handelshemmnisse!

Überraschung für Jean-Claude Juncker: Das Bündnis „Stop TTIP“ hat dem EU-Kommissionarschef eine Geburtstagstorte und Karte überreicht: unterzeichnet von einer Million EuropäerInnen. Denn in einer Rekordzeit von nicht einmal zwei Monaten hat mehr als eine Million Menschen bereits die selbstorganisierte Bürgerinitiative gegen TTIP und CETA unterzeichnet. Und wir sammeln weiter! Wir werden der EU-Kommission zeigen, dass sie den Protest nicht ignorieren können!
Dafür haben wir 2015 wieder viel vor – und können dabei aus guten Strategien und Projekten des vergangenen Jahres lernen. So wird unsere erfolgreiche „Kul.tour“ gegen TTIP in diesem Jahr in eine neue Runde gehen! Im vergangenen Jahr hatten sich im Rahmen der Kul.tour mehr als 200 KünstlerInnen gegen TTIP ausgesprochen; die Tour

machte in mehr als 15 Städten Station und erreichte dort mit Kunst- und Kulturaktionen viele Menschen vor Ort, informierte über die Gefahren des Freihandels und brachte so dieses Thema in regionale wie überregionale Medien. In diesem Jahr möchten wir in die Kul.tour wieder viele KünstlerInnen einbinden und das Projekt „Ich bin ein Handelshemmnis“ weiter voranbringen – gegen TTIP, CETA und Co müssen sich noch viele Menschen zu Handelshemmnissen machen, wenn wir die Abkommen stoppen wollen!
Unterstütze uns deshalb mit einer Spende, damit wir weiter Sand ins Getriebe der gut geölten Freihandelsverhandlungen zu TTIP, CETA und Co streuen können!
Mit dem unten angehängten Überweisungsträger oder unter www.attac.de/spenden geht das ganz unkompliziert – herzlichen Dank!



Hinweis

Aktuell können wir für eingehende Spenden keine Steuerabzugsfähigkeit garantieren. Attac verfolgt satzungsgemäß gemeinnützige Zwecke; diese Gemeinnützigkeit ist aktuell aber durch das Finanzamt in Frage gestellt. Wir befinden uns deshalb in einem Klärungsprozess, sind aber zuversichtlich, dass die Gemeinnützigkeit unseres Engagements auch vom Finanzamt wieder bestätigt wird. Bis dahin können wir leider keine Zuwendungsbestätigungen ausstellen.

Mehr Infos dazu unter
www.attac.de/spenden/aktuell

SEPA-Überweisung/Zahlschein

Für Überweisungen in
Deutschland und
in andere EU-/EWR-
Staaten in Euro.

Name und Sitz des überweisenden Kreditinstituts

BIC

Angaben zum Zahlungsempfänger: Name, Vorname/Firma (max. 27 Stellen bei maschineller Beschriftung max. 35 Stellen)

ATTAC TRÄGERVEREIN E.V.

IBAN

DE 57 43 06 09 67 08 00 10 08 00

BIC des Kreditinstituts/Zahlungsdienstleisters (8 oder 11 Stellen)

GENODEM1GLS

ATTAC TRÄGERVEREIN e.V.

Betrag: Euro, Cent

Spenden-/Mitgliedsnummer oder Name des Spenders: (max 27 Stellen)

ggf. Stichwort

RBF1501

PLZ und Straße des Spenders: (max. 27 Stellen)

Angaben zum Kontoinhaber/Zahler: Name, Vorname/Firma, Ort (max. 27 Stellen, keine Straßen- oder Postfachangaben)

IBAN

DE

06

Datum

Unterschrift(en)

SPENDE